

**In diesem Newsletter finden Sie:**

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem Rat
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

**Aktuelles aus Straßburg**

**Einheitliche Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis**

13. Dezember 2011 - Für Arbeitnehmer aus Drittstaaten soll es in Zukunft einfach werden, in der EU zu arbeiten und zu leben. Statt mehrerer Dokumente und vielfacher Ämtergänge soll es künftig möglich sein, die Genehmigung für Aufenthalt und Arbeit in einem Anlauf zu beantragen. Einen entsprechenden Richtlinienvorschlag hat das Europäische Parlament hinsichtlich einer "einheitlichen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis" gebilligt. Außerdem bekommen Arbeitsmigranten zusätzliche Rechte, um sie weitgehend mit EU-Arbeitnehmern gleichzustellen.

Angesichts der demographischen Entwicklung in der EU und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel war dies ein wichtiger Schritt hin zu einer gesteuerten Einwanderungspolitik. Die Richtlinie muss nun von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden und soll Anfang 2014 greifen.

**Sacharow-Preis 2011**

14. Dezember 2011 - Der Sacharow-Menschenrechtspreis 2011 ging an fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings. Eine der Gewinnerinnen, Asmaa Mahfouz, ist eine junge Aktivistin aus Ägypten, deren Youtube-Videos, Tweets und Facebook-Posts tausende junge Ägypter inspirierten, gegen das Mubarak-Regime zu protestieren. Des Weiteren wurde der Preis an Ahmed al-Zubair Ahmed al-Sanusi (Libyen), Razan Zaitouneh und Ali Farzat (Syrien) und den verstorbenen Mohamed Bouazizi (Tunesien) verliehen. Letzterer hatte sich öffentlich verbrannt und somit die Proteste in Gang gesetzt.



Quelle: Europäisches Parlament

Der Sacharow-Preis zeichnet außergewöhnliche Persönlichkeiten und Organisationen aus, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen und gegen Intoleranz, Fanatismus und Unterdrückung kämpfen. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wurde 1988 ins Leben gerufen und seither jährlich vom Europäischen Parlament verliehen. Er ist benannt nach dem Friedensnobelpreisträger von 1975, dem russischen Physiker Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921-1989). Dieser war maßgeblich an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt. Besorgt über die Folgen seiner Arbeit für die Menschheit setzte er sich dafür ein, auf die Gefahren des atomaren Rüstungswettlaufs aufmerksam zu machen und erreichte somit 1963 einen Teilerfolg durch die Unterzeichnung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen.

**Editorial**



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche fand die letzte Sitzung der Abgeordneten in Straßburg im Jahr 2011 statt. Schon im nächsten Jahr hoffen wir auf eine Reform der strikten und abstrusen Regelung, dass 12 Sitzungen im Jahr dort stattfinden müssen. Das Europäische Parlament ist weltweit das einzig demokratisch gewählte, das nicht über seinen eigenen Sitz entscheiden darf.

Für mich waren diese Woche hauptsächlich Themen rund um die Beschäftigung auf der Agenda, darunter die Arbeitsmigration und die Gesundheit am Arbeitsplatz. Feierlich unterbrochen wurde der Sitzungs-marathon durch die Auszeichnung von fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings für ihr Engagement im Bereich der Menschenrechte.

Als besonderes Weihnatskipferl wartet in dieser Ausgabe ein ausgiebiges Interview mit einem meiner Kollegen Louis Michel auf Sie. Ich wünsche Ihnen, liebe Leser, eine fröhliche und besinnliche Weihnachtszeit und ein glückliches neues Jahr.

Nadja Hirsch

## Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

15. Dezember 2011 - Das Europäische Parlament verabschiedete eine Resolution zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Diese sieht Stress bei der Arbeit als eines der größten Hindernisse für mehr Produktivität in Europa an. Daher soll die Europäische Kommission dafür Sorge tragen, dass die Mitgliedstaaten eine entsprechende Rahmenvereinbarung umsetzen und Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen auf das Problem aufmerksam machen. Darüber hinaus soll eine Folgenabschätzung über die potentiellen Risiken neuer Technologien und schädlicher Substanzen stattfinden und sichergestellt werden, dass Nano-Materialien von der derzeitigen Arbeitnehmerschutzverordnung umfasst werden. Die ALDE hat zwar die Initiative als Ganzes unterstützt, sich aber erfolgreich dagegen ausgesprochen, dass

- a) die Richtlinie über Jugendarbeitsschutz auch auf über 18-Jährige ausgedehnt wird. Wer volljährig ist und somit z.B. Autofahren oder wählen darf, auf den sollten auch die Arbeitsschutzregelungen für Erwachsene Anwendung finden.
- b) der Sonntag als Ruhetag eingeführt wird: Hier ist kein direkter Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz ersichtlich. Zudem ist die Forderung vor dem Hintergrund einer modernen Arbeitswelt schlicht realitätsfern.

## Aktuelles aus dem Rat

### Liechtenstein tritt dem Schengenraum bei

13. Dezember 2011 - Das Fürstentum Liechtenstein wird ab dem 19. Dezember das 26. Mitglied des Schengenraums. Somit können nun EU-Bürger und Menschen mit Schengen-Visa ohne Grenzkontrollen in den Alpenstaat reisen. Die Erweiterung der Schengen-Familie ist eine erfreuliche Nachricht, vor allem weil Abkommen durch den fehlgeschlagenen Beitritt Rumäniens und Bulgariens überwiegend mit Negativschlagzeilen von sich Reden gemacht hatte. Finnland und die Niederlande hatten ein Veto gegen den Beitritt der beiden EU-Staaten zum Schengenraum eingelegt.

Der 1985 ins Leben gerufene Schengenraum umfasst damit neben den meisten EU-Mitgliedstaaten (außer Rumänien, Bulgarien, Zypern, Irland und Großbritannien) auch vier Nicht-EU-Länder: Norwegen, Island, die Schweiz und nun Liechtenstein. Bemerkenswert am Beitritt Liechtensteins ist, dass das Fürstentum selbst heute schon keine Grenzkontrollen durchführt. Denn dies übernimmt seit jeher die Schweizer Grenzschutz. Eine Einreise kann zudem nur über den Landweg stattfinden, da das gerade einmal 36.000 Einwohner zählende Land keinen eigenen Flughafen besitzt.

### EU-Erweiterungspläne im Westlichen Balkan

09. Dezember 2011 - Die EU-Staats- und Regierungschefs haben es vorerst abgelehnt, Serbien den Status als Beitrittskandidat der EU zuzubilligen. Während sich Frankreich und Italien dafür aussprachen, war Deutschland dagegen. Eine Entscheidung über die Aufnahme in die EU muss aber einstimmig getroffen werden. Hauptgrund für die Ablehnung waren die anhaltenden Auseinandersetzungen an der Grenze zwischen Serbien und Kosovo, bei denen auch deutsche Soldaten verletzt wurden. Nächstes Jahr soll erneut geprüft werden, ob sich die Beziehungen zum Kosovo "normalisiert" haben. Serbien könnte dann im Februar 2012 den Status als Bewerberland erhalten.

Was die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro angeht, so wird die Europäische Kommission Anfang 2012 einen Fortschrittsbericht vorlegen, auf dessen Basis der Rat über die Aufnahme der Verhandlungen entscheidet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Bereiche Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, sowie die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität gelegt.

## Aktuelles aus den Ausschüssen

### Blue Card: Endlich auch in Deutschland angekommen

Schon 2009 wurde eine EU-Richtlinie erlassen, die es Hochqualifizierten aus Drittstaaten einfacher machen soll, in einem EU-Mitgliedstaat zu arbeiten und sich dort niederzulassen. Hierzu soll eine "Blue Card" dienen, die sich bei der Namensgebung von der US-amerikanischen Green Card hat inspirieren lassen. Während Spanien unter den ersten Ländern war, die die Richtlinie umsetzten, hatte Deutschland dies immer wieder hinausgezögert und war deshalb schon von der Europäischen Kommission verwarnet worden. Am 7. Dezember beschloss nun das Bundeskabinett ein entsprechendes Gesetz, das allerdings noch den Bundestag und Bundesrat passieren muss.

Es ist traurig, dass Deutschland einmal mehr wichtige Zeit vertrödelt hat, um sich als Land zu präsentieren, das die so dringend benötigten Fachkräfte willkommen heißt. Der Entwurf des Bundeskabinetts, geht zwar - wenn auch spät - in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Die Diskussion rotierte viel zu lange um das Mindesteinkommen - welches noch immer zu restriktiv gestaltet ist - und die Vorrangprüfung, die nun endlich abgeschafft wurde. Mehr Mut zur Zuwanderung wäre wünschenswert gewesen. Ein Punktesystem könnte hier einiges erleichtern. Ein bestehender Arbeitsvertrag beispielsweise könnte dem Kandidaten mehr Punkte einbringen, so wie auch Sprachkenntnisse und Bildungsgrad. Hintergrundinformation zum Entschluss des Bundeskabinetts finden Sie auf meiner [Webseite](#).

## Aktuelles aus den Delegationen

### Beitrittsvertrag Kroatiens unterzeichnet

09. Dezember 2011 - Mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags durch die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten ist der Ratifizierungsprozess offiziell in Gang gesetzt worden. Kroatien soll bis zum 1. Juli 2013 Mitgliedstaat der EU werden. Neben der Ratifizierung in den Mitgliedstaaten und Kroatien, steht nun allerdings noch ein Referendum unter der kroatischen Bevölkerung aus. Ratspräsident Herman Van Rompuy bezeichnete den Unterzeichnungstag als Tag der Freude. Wann immer ein weiteres Land der EU beitrete, sei dies eine Bestätigung der Gründungswerte der EU, sowie des Wunsches, die Reise gemeinsam fortzusetzen. Speziell das Beispiel der westlichen Balkanstaaten hätte gezeigt, wie die EU mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in eine Region bringen kann, die noch vor 15 Jahren vom Krieg zerrüttet war.

Bis zum Beitritt wird Kroatien als Beobachter ohne Rederecht an den meisten Sitzungen der EU-Institutionen teilnehmen können, um sich mit den Arbeitsmethoden und Prozessen vertraut zu machen. Als Mitgliedstaat wird Kroatien 7 Stimmen im Rat haben und 12 Abgeordnete im Europäischen Parlament stellen. Kroatisch wird 24. offizielle Sprache der EU.

### Parlamentswahlen in Kroatien

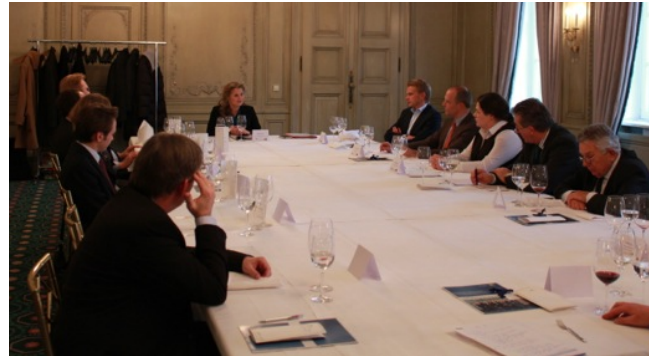
04. Dezember 2011 - Die konservative HDZ-Partei, die seit den 90er Jahren (mit kurzer Unterbrechung) das Land regierte, erlitt bei den Parlamentswahlen eine schwere Niederlage. Das linksgerichtete Wahlbündnis *Kukuriku* unter Führung der Sozialdemokraten erhielt knapp 45 Prozent der Stimmen, die bisherige Regierungspartei lediglich 22 Prozent. Die Ministerpräsidentin Jadranka Kosor wird ihren Posten räumen müssen für Zoran Milanovic, den jetzigen Partei- und Fraktionschef der Sozialdemokraten. Als Grund für die Niederlage der Konservativen werden im Speziellen die Korruptionsskandale genannt, in denen der ehemalige Ministerpräsident Ivo Sanader unterging. Die neue Regierung sieht sich vor großen Herausforderungen: Neben wirtschaftlichen Problemen wird es darum gehen, die Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Exporte zu steigern. Nicht allein deshalb werden große Hoffnungen in den EU-Beitritt gesetzt.

Der 45-jährige Zoran Milanović arbeitete nach seinem Jura-Studium in Zagreb im kroatischen Außenministerium als Diplomat im Bereich Verteidigung, bevor er 1998 ein Postdiplomstudium in Europarecht in Brüssel absolvierte. 2007 wurde er Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei (SDP), in das Parlament gewählt und dort Fraktionsvorsitzender.

## Aktuelles aus dem Wahlkreis

### ELDR Projekt Medien

09. Dezember 2011 - Als medienpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament initiierte ich ein Treffen mit bayerischen Vertretern der Medien- und Informations-/Kommunikationsbranche, um über die Zukunft des Medienstandorts Bayern zu sprechen. Dabei ging es vorrangig um die Themen Digitale Agenda, Fachkräftemangel, berufliche Aus- und Weiterbildung, Kreativwirtschaft, Urheberrecht und Leistungsschutzrechte, Verwertungsgesellschaften sowie Überlegungen zur sogenannten Kultur-Flatrate. 15 Vertreter aus verschiedenen Branchen, darunter Druck, Film, privates, öffentliches und Bezahlfernsehen, Verwertungsgesellschaften und Journalismus waren meiner Einladung gefolgt und trugen mit ihrer Teilnahme zu einem sehr intensiven Austausch bei. Die gewonnenen Eindrücke und Informationen werde ich mit nach Brüssel nehmen und auch zukünftig einen regen Austausch mit der für Bayern so wichtigen Branche pflegen.



### Europa-Symposium Handwerkstag



Quelle: Handwerkskammer München und Oberbayern

02. Dezember 2011 - Die Europäische Union gestaltet über Richtlinien und Verordnungen einen wachsenden Anteil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und somit nicht zuletzt für das Handwerk in Deutschland. Um die Anliegen dieses Wirtschaftsbereiches vorzustellen, seine Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu betonen, aber auch um die Chancen aufzuzeigen, die ein vereintes Europa für das bayerische Handwerk bieten kann, veranstaltete der Bayerische Handwerkstag im Rahmen der Messe „Heim+Handwerk“ in München ein Europa-Symposium unter dem Motto „Wettbewerbsfähigkeit in Europa stärken – Chancen für das Handwerk“.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments und sozialpolitische Sprecherin der FDP nahm ich gerne an der Podiumsdiskussion teil. Die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes stand genauso auf der Agenda, wie die Energie- und Klimapolitik, die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die berufliche Bildung, der aktuelle Fachkräftemangel, sowie Verbraucherschutz und Verbraucherrechte.

### Massenhafte Tötung von streunenden Hunden in der Ukraine

Die Fußball Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine steht vor der Tür. Neben positiven Aspekten, wie der Modernisierung der Infrastruktur, wirft allerdings die Massentötung von heimatlosen Hunden einen Schatten auf die EM. Zehntausende Tiere sind nach Angaben von Tierschutzorganisationen und Medien von den Behörden zum Teil auf grausamste Weise getötet worden, um bis zum Beginn der Meisterschaft die Städte frei von den Streunern zu bekommen. Die Tiere werden vergiftet, erschlagen, in Müllpressen zerquetscht oder lebendig verbrannt.

Als Vizepräsidentin der Intergroup für den Tierschutz im Europäischen Parlament verfolge ich zusammen mit meinen Kollegen intensiv die Entwicklungen mit und setze mich für eine EM ein, die nicht auf Kosten der Tiere stattfindet. Wenn die Überpopulation und das damit verbundene Elend der Straßenhunde vermindert werden soll, sind neue Konzepte für eine tiergerechte Lösung der Problematik notwendig. Hierzu gehören u.a. die Registrierung der Tiere und die Kastration der frei lebenden Hunde. Nach wochenlangen intensiven

Newsletter aus Europa No. 26 (Dezember 2011)

Protesten will die ukrainische Regierung nun umdenken. Auch die UEFA hatte sich nach Bekanntwerden der Tierquälereien mehrmals bei den ukrainischen Behörden für ein Ende der systematischen Tiertötungen eingesetzt.

Doch nicht nur die Ukraine versucht, mit der Überpopulation von Straßenhunden zurechtzukommen. Auch in anderen europäischen Ländern, wie Bulgarien und Rumänien gehören die streunenden Hunde zum Straßenbild. In Bulgarien wurde 2008 ein Gesetz gegen die Tötung von Straßenhunden erlassen. In Rumänien dagegen wurde letzten Monat ein Gesetz zur groß angelegten Einschläferung herrenloser Hunde beschlossen. Auch hier setzt die Intergroup auf intensiven Kontakt mit der Regierung, um alternative Lösungen zur erreichen.

### Ankündigung Besucherfahrt 2012

Europa-Interessierte sind auch im kommenden Jahr herzlich eingeladen, mich in Brüssel zu besuchen. Machen Sie sich ein Bild meiner Arbeit für Bayern in Europa, hören Sie interessante Vorträge bei der Europäischen Kommission und entdecken Sie die „heimliche Hauptstadt Europas“ bei einer Stadtführung und auf eigene Faust. Beim Besuch des Europäischen Parlaments und bei einem gemeinsamen Abendessen, zu dem ich Sie gern einladen möchte, besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und aktuelle Themen zu diskutieren.

Mehr Informationen bzgl. Übernachtung, Anreise, Eigenkostenbeteiligung, Anmeldung und Teilnehmerauswahl erfragen Sie bitte bei meiner Wahlkreisleiterin Claudia Kunze in München 089-126009-22, wahlkreis@europahirsch.eu

## Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?



Quelle: Europ. Parlament

Er hat Brüssel und Europapolitik von der Pike auf gelernt: Mein belgischer Kollege Louis Michel war von 2004 bis 2009 Europäischer Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, bevor er 2009 zum Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt wurde. Als Mitglied der liberalen Partei Mouvement Réformateur war der Germanistik-Professor von 1999 bis 2004 außerdem belgischer Außenminister. Im Europäischen Parlament ist Louis Michel Mitglied der Konferenz der Delegationsvorsitzenden, des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU und stellvertretendes Mitglied im Entwicklungsausschuss.

[Das Interview im Original auf [Französisch](#)]

**1. Die Bevölkerung in Syrien scheint bereit für ihren Arabischen Frühling. Aber das Regime ist unerbittlich. Sie sind ein Befürworter von Sanktionen, die allerdings von Russland und China im UN-Sicherheitsrat abgelehnt werden. Welche konkreten Maßnahmen könnten der syrischen Bevölkerung Ihrer Meinung nach derzeit am meisten helfen?**

Die internationale Gemeinschaft muss dringend wirksame Maßnahmen ergreifen, um das syrische Volk zu schützen, das Opfer von Menschenrechtsverletzungen ist. Die Sanktionen der Amerikaner, Europäer, Türken und der Länder der arabischen Liga, die darauf abzielen, das Regime wirtschaftlich und finanziell auszutrocknen, reichen nicht mehr aus. Daher muss, neben den Sanktionen, die NATO angerufen werden, eine Flugverbotszone über syrischem Gebiet einzurichten. Wir müssen die freie syrische Armee aus desertierenden Soldaten, deren Gewicht weiter steigt, unterstützen. Wir müssen eine Schutzzone an der türkischen Grenze schaffen und einen humanitären Korridor einrichten, der Homs mit der Türkei verbindet, Homs mit dem Mittelmeer, sowie Dara mit Jordanien. Was die Stadt Homs - eine von der Armee der Regierung Bachar al Assad ins Ziel genommene Bastion des Protests - betrifft, so muss dort dringend humanitäre Hilfe geleistet werden, v.a. Decken, Medikamente und Milchpulver für Babys fehlen. Letztlich muss eine Untersuchungskommission das Land betreten dürfen.

**2. Das föderale System Belgiens wurde manchmal als Vorbild für die Gesellschaften in den**

**Balkanstaaten hervorgehoben, speziell für das ethnisch gespaltene Bosnien. Hinsichtlich der Turbulenzen um die Bildung einer neuen Regierung in Ihrem Land denken Sie, dass Belgien dieser Rolle noch immer gerecht werden kann?**

Belgien ist nicht das einzige europäische Land, das Probleme mit dem Zusammenleben verschiedener Sprachgruppen kennt. Die Mehrzahl der europäischen Länder, von Spanien über Finnland bis hin zum Balkan, kennt diese Probleme. Der einzige Unterschied ist, dass Belgien die Lösungen ad hoc - "auf die belgische Art" könnte man sagen - und auf noch nie dagewesene Weise anpackt, was juristische Fragen aufwirft und die Kommentatoren beglückt.

Die 6. Staatsreform ist ein Sieg der Verhandlung, des Kompromisses, der Demokratie, des Mutes derer, die dank ihres Durchhaltevermögens nach 540 Tagen der Krise einen historischen Kompromiss erzielt haben, den viele für unmöglich gehalten hatten. In diesem Sinne bleibt Belgien ein Modell für diejenigen, die sich auf die demokratische Technik der Verhandlung stützen. Die Verhandlungsführer wollten den Sockel für ein neues Belgien errichten. Ein Scheitern hätte zum Zerfall geführt. Darüber hinaus befindet sich die Demokratie in voller Evolution. Über das Internet, Twitter, die neuen sozialen Netze nimmt der Bürger in Echtzeit an Debatten teil, wodurch jeder Schritt als politischer Fakt gesehen wird.

**3. Als ehemaliger Europäischer Kommissar waren Sie u.a. verantwortlich für Hilfsmaßnahmen zur medizinischen Grundversorgung von Menschen**

Newsletter aus Europa No. 26 (Dezember 2011)

**außerhalb EU. Wie schätzen Sie die Verantwortung der EU innerhalb der Binnengrenzen ein, undokumentierten Migranten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewähren?**

Irreguläre Migranten müssen oft für eine medizinische Grundversorgung zahlen, die Staatsangehörige kostenlos erhalten. Belgien hat ein Sozialversicherungssystem, das Migranten ohne Papiere gegenüber wohlgesinnt ist. Es garantiert neben einer kostenlosen Notfallversorgung (wie auch Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) kostenlosen Zugang zur Versorgung vor, nach und bei der Geburt und kostenlosen bzw. kostenreduzierten Zugang zur Gesundheitsversorgung, die über die Notfallversorgung hinausgeht.

Die Herausforderungen beziehen sich nicht mehr nur auf ein Land oder einen Kontinent. Es sind weltweite Herausforderungen. Das Phänomen der Migration ist ein natürliches, welches es zu begleiten, gestalten und in ein positives Licht zu rücken gilt. Es ist Zeit, eine echte europäische Migrationspolitik auszuarbeiten. Die "Bewegungsfreiheit" muss ausgeweitet werden auf alle Bürger Europas sogar der Welt, egal wo sie geboren wurden. Mit der Globalisierung ist die Erde laut Thomas Friedmann [Kolumnist der New York Times und Gewinner des Pulitzerpreises, A.d.R.] "flach" geworden. Dementsprechend sollten wir positiv mit den Auswirkungen umgehen, indem wir eine "begleitete Migration" fördern. Auch müssen wir die Tragweite [des Konzepts] der Grenze relativieren, die oft, wenn nicht immer eine lächerliche Einrichtung eines banalen oder manchmal ärmlichen Zufalls der Geschichte ist. Wie der libanesischer Khalil Gibran sagt: "Die Erde ist meine Heimat, die Menschheit meine Familie." Als Liberaler würde ich immer universale Tugenden bevorzugen.

**4. Als Mitglied des Europäischen Parlaments, das Belgien und seine Bürger repräsentiert, was ist die größte Herausforderung oder Möglichkeit, die die EU für Ihr Land bereit hält?**

Der weitere Zusammenhalt Belgiens hängt unweigerlich von der Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise ab.

Genau deshalb ist es ausschlaggebend, dass unser Ministerpräsident Elio di Rupo die große Mehrheit der Bürger beruhigt und ihnen zu verstehen gibt, dass nur eine gestärkte Europäische Union in der Lage ist, eine glaubwürdige Lösung der Krise herbeizuführen und unser europäisches Sozialmodell zu erhalten.

Um dieses zu erreichen, muss man einen dynamischen und solidarischen gemeinschaftlichen Raum schaffen, der es allen erlaubt, voranzuschreiten. Man muss eine Wirtschafts- und Fiskalunion schaffen, die ein politisches Europa stärkt. Die Kommission muss mehr Macht und Kompetenzen erhalten. Eine europäische Industriepolitik muss geschaffen werden. Man muss auf Bildung, Investitionen, Forschung und Entwicklung setzen. Man muss nationale Rückzugsgebiete überwinden und eine echte Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse einrichten.

**5. Wenn Sie die Bürger Bayerns in zwei Sätzen überzeugen müssten, warum sie Ihren Wahlkreis besuchen sollten, was würden Sie antworten?**

Europa ist nicht alleine wirtschaftlich, politisch oder sozial; es ist auch, und vor allem, kulturell. Dieses Europa, das wir kennen, wird von Jahrhunderten der Kultur und Zivilisation getragen. Die Spuren unserer gemeinsamen Geschichte machen den Reichtum unseres Erbes aus. Unsere Erinnerungen, unsere Vorstellungen, unsere Überlegungen, unsere Ideen und unsere Gedanken sind voll von gemeinsamen Bezugspunkten. Die kulturellen Wurzeln gehen aus dem gleichen Boden hervor und unsere Träume erstrahlen von ein und demselben Licht. Die Abschottung und die Isolierung wären fatal für unsere Kulturen, denn sie leben vom Dialog und vom Austausch in gegenseitiger Anerkennung und im Respekt des anderen. Mein Wahlbezirk ist, wie auch viele andere, voll von Geschichte und Kultur. Ich lade Sie ein, dort einer der größten Schlachten der europäischen Geschichte zu gedenken - der Schlacht bei Waterloo - die eine neue Ära des Friedens in Europa einläutete. Besuchen Sie die Abtei von Villers-la-Ville, die Teil der Europäischen Kulturroute ist.

**Termine - Rückschau\***

22. Nov.	Gemeinsame Veranstaltung mit CEDEFOP zur beruflichen Bildung	Brüssel
23. Nov.	Vorstellung des DEKRA Arbeitsmarktreports	Brüssel
26.-27. Nov.	FDP Landesparteitag	Landshut
02. Dez.	Europa-Symposium der Deutschen Handwerkskammer	München
09. Dez.	Gespräch mit Vertretern der bayerischen Medienbranche	München

**Termine - Vorausschau\***

18. Dez	Weißwurst-Weihnachtsfeier des Bezirksverbands Oberbayern	Hohenbrunn
19. Dez.	Gespräch mit den Münchner Flughafen über das Flughafenverfahren (Asyl)	München
20. Dez.	Treffen mit Lufthansa zum Flughafenpaket & Bodenverkehrsbediensteten	Brüssel

\*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen

## Aus dem "EU-Jargon"

### Was ist ein "Policy Advisor/Advisorin"?

Jede Fraktion hat für jeden Ausschuss mindestens einen sogenannten "Policy Advisor" oder eine - eingedeutscht - "Policy Advisorin". Diese unterstützen die EU-Abgeordneten bei ihrer inhaltlichen Arbeit, wenn diese Themen als Berichtersteller bzw. Schattenberichtersteller betreuen. Die Policy Advisor müssen dabei darauf achten, dass die politische Linie eines Abgeordneten auch der der Fraktion entspricht. Damit soll gewährleistet werden, dass ein Bericht auch den erforderlichen Rückhalt aus der eigenen Fraktion erhält. Die Policy Advisor haben teils langjährige Erfahrung, sind Experten, wenn es um Prozesse und Regeln geht (Änderungsanträge, Rechtsfragen, etc.), kennen die Themen im Detail und haben gute Verbindungen zu den zuständigen Mitarbeitern in den anderen Institutionen. Oft müssen sie eine große Bandbreite von Berichten abdecken. Um nur ein Beispiel zu geben: im LIBE-Ausschuss laufen derzeit mehr als 50 Berichte und Stellungnahmen. Diese werden von nur zwei Policy Advisorin der ALDE abgedeckt.

## Kontakt & Impressum

### Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP  
60, rue Wiertz, ASP 10G158  
B-1047 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 2 28 45573  
[nadja.hirsch@europarl.europa.eu](mailto:nadja.hirsch@europarl.europa.eu)  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff  
LIBE-Ausschuss: Tobias Franke  
CULT-Ausschuss: Nina Elzer  
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

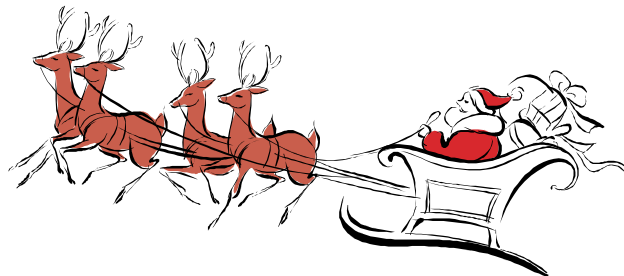
Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an [nina.elzer@europarl.europa.eu](mailto:nina.elzer@europarl.europa.eu)

### Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München  
Kontaktperson: Claudia Kunze  
Rindermarkt 6, D-80331 München  
Tel.: +49-89-126009-22  
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg  
Hallplatz 15-19  
D- 90402 Nürnberg

[wahlkreis@europahirsch.eu](mailto:wahlkreis@europahirsch.eu)  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)



*Nadja Hirsch und ihr Team wünschen  
Ihnen ein Frohes Fest und ein  
Gutes Neues Jahr!*